



Starke Volksschule St. Gallen

kontakt@starkevolksschulesg.ch

www.starkevolksschulesg.ch

Medienspiegel Woche 33 / 2015

Sonntagszeitung, 16.8.2015

Hyperaktive Reformer, zornige Widerstandsgruppen

Basler Zeitung, 16.08.2015

Frischer Wind in Basels Schulen

schuleschweiz.ch, 15. August 2015

Weitere Berichte, und Kommentare dazu aus der BZ auf Schule Schweiz

Appenzeller Zeitung, 12. August 2015

SVP-Präsident ist gegen Initiative

schuleschweiz, 12. August 2015

Change Management am Beispiel des Lehrplans 21

NZZ, 9.8.2015

Inkompetenzerkennungskompetenz

Tages-Anzeiger, 08.08.2015

«Einseitiger und ungebildeter geht es nicht»

Tagblatt, 6. August

Weniger Interesse an Mittelschule in St.Gallen

SRF 1, Regionaljournal Ostschweiz, 4. August 2015

Damit Thurgauer Themen nicht untergehen

swissinfo.ch, 02. August

Boom an internationalen Schweizer Schulen ist vorbei

Sind Sie schon Mitglied in unserem Verein? Anmeldung unter: info@starkevolksschulesg.ch

Unterstützen Sie unsere Bemühungen mit einem finanziellen Beitrag auf

[PC-Konto 61-562879-4 \(IBAN: CH 48 0900 0000 6156 2879 4\)](https://www.scb.ch/#!/detail/61-562879-4)

Für unsere Kinder - besten Dank

Sonntagszeitung, 16.8.2015

Hyperaktive Reformer, zornige Widerstandsgruppen

Jetzt formiert sich auch in Bern, Zug und Schaffhausen der Protest gegen den Lehrplan 21. In 13 von 21 Deutschschweizer Kantonen werden Volksinitiativen vorbereitet.

von Nadja Pastega

Der Protest gegen den Lehrplan 21 weitet sich aus. Auch im Kanton Bern haben jetzt besorgte Eltern eine Widerstandsgruppe gebildet, um das umstrittene Regelwerk zu bodigen. Ihr Name: Interessengemeinschaft für eine starke Volksschule im Kanton Bern. Die IG sei «eine Bürgerbewegung aus Müttern, Vätern und Lehrern», sagt Gründungsmitglied Rahel Gafner. Ziel: «Wir wollen den Lehrplan 21 verhindern.»

Dazu soll «eine breite Diskussion in der Bevölkerung» angestossen werden, anschliessend werde «eine Volksinitiative» lanciert. Damit wird der Lehrplan bereits in 13 von 21 Deutschschweizer Kantonen mit Volksinitiativen bekämpft.

«Die Hyperaktivität bei den Reformen ist kontraproduktiv», sagt der Zürcher Schulpsychologe Roland Käser, ehemaliger Direktor des Instituts für Angewandte Psychologie. «Jeder Versuch war eine Verschlimmbesserung und brachte mehr Arbeit und Komplexität. Es braucht jetzt ein Moratorium von Schulreformen.»

Die Berner IG will den Bieler Lehrer und GLP-Stadtrat Alain Pichard an Bord holen. Er war Initiator des lehrplankritischen Memorandums «550 gegen 550», das von über 1000 Lehrern unterzeichnet wurde. «Ich wurde angefragt, ob ich beim Unterstützungskomitee für die Initiative mitmache», bestätigt Pichard, «ich prüfe das.» Der Lehrplan 21 werde «von einer rigorosen Bildungsbürokratie top-down und ohne jegliche Diskussion durchgesetzt – dagegen muss man vorgehen.» Auch im Kanton Bern werde es «mit Sicherheit zu einer Initiative kommen».

Das ist ein «fragwürdiges Demokratieverständnis»

Die Kritik der Berner Gruppierung richtet sich gegen die neue Pädagogik, die mit dem Lehrplan 21 Einzug in die Klassenzimmer hält. Dazu gehören das «selbst organisierte Lernen» der Kinder, die «Abwertung der Lehrperson zum Lerncoach» und die Kompetenzorientierung des Lehrplans. Das heisst: Statt konkreter Lerninhalte listet er 1095 Grundansprüche und 363 Kompetenzen auf. Die Schüler lernen zum Beispiel nicht mehr geschichtliche Fakten zu einzelnen Epochen, sondern müssen etwa den Syrienkrieg in Beziehung zur Französischen Revolution setzen können. «Dieses Konzept ist in Deutschland und den USA bereits gescheitert», sagt Rahel Gafner. Ende August wird die parteipolitisch unabhängige Gruppierung mit einer Veranstaltung zu den Schulreformen erstmals an die Öffentlichkeit treten.

Auch in anderen Kantonen bekommt der Protest Schub. Widerstand formiert sich in Schaffhausen und Zug, wo neu ebenfalls Volksinitiativen vorbereitet werden. «Der Unterschriftenbogen ist praktisch fertig, wir reichen den Initiativtext demnächst zur Vorprüfung ein», bestätigt SVPKantonsrat Mariano Fioretti, Mitinitiant der Schaffhauser Initiative. Forderung: «Der Lehrplan muss vors Volk!»

Im Kanton Zug bereitet die Gruppierung Gute Schule Zug eine Volksinitiative vor. «Start ist voraussichtlich im September oder Oktober», sagt Mitinitiant und Kantonsrat Willi Vollenweider.

«Der Lehrplan bringt massive Änderungen mit sich – es ist inakzeptabel, dass er ohne Diskussion und Mitsprache durchgedrückt wird.»

Quer durch die Schweiz wird der Lehrplan mit Initiativen bekämpft – von Baselland über Solothurn, Zürich, Luzern, Aargau, St.Gallen, Thurgau bis Appenzell Innerrhoden. In Graubünden wollen die Initianten ein Volksbegehren gegen den Lehrplan nach Möglichkeit Ende August zur Vorprüfung einreichen. Im Kanton Schwyz ist die Initiative «Stopp dem Lehrplan 21» bereits eingereicht. Der Schwyzer Regierungsrat will, dass sie der Kantonsrat für ungültig erklärt. Die Bevölkerung sei bei diesem Thema nicht zur Mitsprache berechtigt. Nach Angaben des Bildungsdepartements wird sich der Kantonsrat am 21. Oktober oder 18. November damit befassen. «Das zeugt von einem fragwürdigen Demokratieverständnis», sagt Initiantin Irene Herzog.

Für Lehrplankritiker Alain Pichard kommt der breite Widerstand nicht überraschend. Die Schweizer Stimmbevölkerung habe 2006 zwar Ja gesagt zur Harmonisierung der Schulen, doch der Lehrplan 21 gehe «weit darüber hinaus». Das gelte etwa für die Einführung der neuen Frühsprachendidaktik des Frühfranzösisch und die Kompetenzorientierung, kritisiert Pichard: «Der ursprüngliche Harmonisierungsauftrag, dem das Volk zugestimmt habe, ist in flagranter Weise zu einem generellen Freipass umgedeutet worden.»

http://www.sonntagszeitung.ch/read/sz_16_08_2015/nachrichten/

Frischer Wind in Basels Schulen

Von Franziska Laur

Die Pädagogen werden ab Montag als Pioniere mit dem Lehrplan 21 arbeiten. Allerdings wurde ein wichtiges Ziel nicht erreicht.

Es war der erste Auftritt von Dieter Baur, neuer Leiter Volksschulen, und Ulrich Maier, neuer Leiter Mittelschulen und Berufsbildung, vor dem Start eines neuen Schuljahres. Sie hatten von ihren rührigen Vorgängern ein schweres Erbe angetreten, und die kommenden Jahre dürften mit vielen Herausforderungen gespickt sein. Immerhin müssen die beiden rund 2500 Pädagogen und 14'300 Schüler auf einem Pionierpfad begleiten. Als schweizweit erste werden Basels Pädagogen am Montag mit dem neuen Lehrplan 21 arbeiten. Das heisst, dass etwas über 13'000 Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrern Neuland betreten. Nur die 6. Primarklasse wird den Übergang Lehrplan erhalten.

«Das muss man nicht so eng sehen. Kein Lehrer wird morgens hinstehen und sich fragen, was er heute mit dem neuen Lehrplan machen will», sagt Dieter Baur. Da bestehe ein grosser Spielraum, und vieles sei gar nicht so arg neu. Auch wenn es jetzt beispielsweise nicht mehr die Fächer Geografie und Geschichte gibt, sondern diese zum Sammelfach «Räume, Zeiten und Gesellschaft» zusammengezogen worden sind. «Das muss man nicht so eng sehen. Wir drehen keinen Schalter und dann wird auf neue Weise unterrichtet.» Im Gegenteil, es gebe lange Übergangsfristen, die Lehrer hätten genügend Zeit für Umstellungen. Es gebe auch keine obligatorische Lehrerbildung zum Thema. Diese würden auf freiwilliger Basis erfolgen und diese Ausbildungslehrgänge seien sehr gut besucht.

Harmos ist formell abgeschlossen

Man befinde sich in einer spannenden Zeit, sagt der Volksschulleiter. Auch wenn man den Umbau erst im Jahr 2017 vollzogen haben werde, sei die Schulreform Harmos jetzt formell abgeschlossen. Eine Reform, für die man bis zum Schluss einen Betrag im dreistelligen Millionenbereich ausgegeben habe.

Die wichtigsten Änderungen: Die Orientierungsschulen sind verschwunden und es wurde auf sechs Primar- und drei Sekundarschuljahre umgestellt. Hinzu kommen zwei obligatorische Kindergartenjahre. Es zählen also elf Volksschuljahre, bevor die Kinder in weiterführende Schulen oder in die Berufslehre wechseln.

So sind die Lehrerinnen und Lehrer der Orientierungsschule jetzt alle an anderen Schulen, entweder an der Primarschule oder an der Sekundarstufe beschäftigt, und sie alle sollten grundsätzlich alles unterrichten können. Also heisst es jetzt für Lehrer wie Schüler: neue Kollegen, neue Abläufe, neuer Lehrplan. Und erstmals sind jetzt mit der Sekundarschule drei Leistungszüge unter einem Dach.

Allerdings habe man ein Ziel nicht erreicht, sagten Baur und Maier: «Wir wollten an allen zehn Standorten gleich viele Kinder in die drei Leistungszüge A (allgemein), E (erweitert) und P (erhöhte Anforderung) einteilen.» Nach den Sommerferien werden 22 Prozent der Schüler im A-, 37 Prozent im E- und 41 Prozent im P-Zug sitzen. Da jedoch entstand ein eigentlicher Formulierungsstreit. Es sei wichtig, dass man den P-Zug nicht als Progymnasium ansehe, sagten Baur und Maier. Die Züge seien durchlässig. Man könne also auch vom E-Zug aus ins Gymnasium wechseln. Und handkehrum sei es das Ziel, dass auch Schüler aus dem P-Zug in eine Lehre einsteigen.

Überhaupt müsse man prüfen, ob wirklich alle im Leistungszug ihrer Fähigkeiten seien. Tatsache ist: Immer noch kämpfen viele Eltern darum, dass ihre Kinder so hoch wie möglich eingestuft werden, unabhängig von ihren Fähigkeiten.

Die Berufsbildung aufwerten

Maier sagte auch, dass man die Berufsbildung aufwerten wolle. Es gehe nicht darum, den Jugendlichen die weiterführenden Schulen zu verderben, doch es solle eine bewusstere und klarere Wahl werden. Wenn über 40 Prozent der Schüler den P-Leistungszug besuchen, seien dies tatsächlich zu viel. Doch immerhin hätten 1950 Lehrverträge für eine Berufslehre abgeschlossen werden können. «Damit sind die Rekordzahlen vom vergangenen Jahr fast erreicht.» Augenfällig sei jedoch, dass die Lehrverträge in diesem Jahr später abgeschlossen worden seien.

Am Gymnasium, in der FMS und in der WBS gebe es jedoch keine Veränderungen. Allerdings seien noch lange nicht alle Umbauten abgeschlossen. (Basler Zeitung)

<http://bazonline.ch/basel/stadt/Frischer-Wind-in-Basels-Schulen/story/11868531>

Siehe auch nächste Seite: **Weitere Berichte, und Kommentare aus der BZ auf Schule Schweiz**

Weitere Berichte, und Kommentare dazu aus der BZ auf **Schule Schweiz**

[Lehrplan 21 in Baselland weiterhin auf der Kippe](#)

Im Kanton Baselland ist die Zukunft des Lehrplans 21 noch weitgehend offen. Zwar hat der Bildungsrat noch unter dem Präsidium des früheren Bildungsdirektors Urs Wüthrich (SP) die Einführung des Lehrplans 21 für die Primarschulen auf Beginn des Schuljahres 2015/2016 und für die Sekundarschulen auf Beginn des Schuljahrs 2018/2019 beschlossen, doch der Landrat wird demnächst aufgrund einer parlamentarischen Initiative darüber beraten, ob die Einführung vom Parlament zu genehmigen sei. Da die SP bereits ein Referendum dazu in Aussicht gestellt hat, wird es voraussichtlich zu einer Volksabstimmung darüber kommen. Erhält der Landrat die Entscheidungskompetenz und lehnt er den Lehrplan 21 ab, gilt der bisherige Lehrplan weiter.

In Baselland dürfte das Volk entscheiden, Basler Zeitung, 15.8. von Thomas Dähler

[Weiterlesen »](#)

[Viel Wirbel um den Lehrplan 21](#)

Acht Jahre lang hatten 200 Experten daran getüftelt, geschrieben und geschraubt. Dann präsentierten sie der Schweiz das wahrscheinlich aufwendigste Bildungspapier, das die Bevölkerung je gesehen hat. 557 Seiten beinhaltet die erste Fassung des Lehrplans 21, satte 3123 Kompetenzen, welche die Schüler im Lauf ihrer Schulkarriere zu erreichen haben. Bisherige Fächer wie Biologie oder Geografie werden im neuen Pädagogik-Werk abgeschafft. An ihrer Stelle sollen Sammelfächer wie «Natur, Mensch, Gesellschaft» unterrichtet werden. Und anstatt sich in diesen Bereichen Wissen anzueignen, müssen die Schüler über Kompetenzen verfügen. Will heissen: Nicht historisches Wissen zu den Pfahlbauern oder zum Kolonialismus ist gefragt, sondern ob die Schüler beispielsweise die Französische Revolution mit dem Syrienkrieg in Verbindung bringen können.

Ein riesiger Stapel umstrittener Papiere, Basler Zeitung, 15.8. von Nina Jecker

[Weiterlesen »](#)

[Pichard kritisiert Lehrplan-Einführung](#)



Der Lehrplan-Kritiker Alain Pichard äussert sich im Interview mit der Basler Zeitung zur schweizweiten Premiere des Lehrplans 21 in Basel.

*Pichard: "Man hätte problemlos eine Überbrückung machen können",
Bild: Basler Zeitung*

"Das ist nicht demokratisch", Basler Zeitung, 15.8. von Franziska Laur

[Weiterlesen »](#)

Appenzeller Zeitung, 12. August 2015

SVP-Präsident ist gegen Initiative

INNERRHODEN. Während der Sommerferien hatte Paul Bannwart aus Steinegg eine Einzelinitiative eingereicht, um den Lehrplan 21 in Innerrhoden zu verhindern. Seine Partei, die SVP, hat er nicht hinter sich. Der Präsident äussert sich kritisch zur Initiative.

ROGER FUCHS

Dass mit Paul Bannwart ein Mitglied der Innerrhoder SVP mit einer Einzelinitiative gegen den Lehrplan 21 kämpft, kommt für den Innerrhoder SVP-Präsidenten Ruedi Eberle nicht überraschend. Bannwart habe diesen Schritt angekündigt.

Gemäss Eberle findet sich bis zum heutigen Zeitpunkt keine breite Basis in seiner Partei, die hinter der Einzelinitiative steht. Eine Diskussion zur Sache wird noch folgen. Schon heute aber ist klar: Wenn sich die Partei für eine Unterstützung von Bannwarts Anliegen stark machen sollte, wird sich Ruedi Eberle nicht an vorderster Front dafür einsetzen wollen. Für ihn steht fest: «Ohne Lehrplan 21 würden wir gegen den Strom schwimmen, und als kleiner Kanton ist dies im Schulwesen nicht zielführend.» Zudem habe das Schweizer Volk einer Harmonisierung im Schulwesen mit grossem Mehr zugestimmt.

Lehrplan lässt Spielraum zu

Wie Ruedi Eberle weiter ausführt, hat sich die Partei im letzten Herbst ausführlich über den Lehrplan 21 informieren lassen. Erziehungsdirektor Roland Inauen und Norbert Senn, Leiter des Schulamtes, waren dazu eingeladen worden. An jenem Abend sei nichts beschlossen und auch kein Antrag gestellt worden, die Parteimitglieder hätten sich lediglich orientieren lassen, sagt Eberle. Er selbst kam dabei zum Schluss, dass der Lehrplan 21 den Kantonen bei der Umsetzung einen gewissen Spielraum zulässt. «Ich bin überzeugt, dass Appenzell Innerrhoden diesen Spielraum nutzt. Zudem hängt es letztlich immer von der Lehrperson ab, wie sie anhand des Lehrplans 21 den Unterricht gestaltet», so der SVP-Präsident.

Mit Paul Bannwarts Initiative verbunden ist auch der Antrag, dass es weiterhin in der Hoheit des Kantons liegt, den Lehrplan festzulegen. Der Initiant verlangt aber, dass künftig nicht mehr die Landesschulkommission, sondern der Grosse Rat dafür zuständig sein soll. Dazu Ruedi Eberle: «Es ist besser, wenn sich eine Fachkommission mit den Detailfragen des Lehrplans auseinandersetzt. Der Grosse Rat soll nur den Rahmen festlegen. Dies kann er in der Beratung von Gesetz und Verordnung; ähnlich wie beim Baugesetz. Dort entscheidet auch nicht der Grosse Rat über Quartierpläne.»

Das Büro des Grossen Rates wird gemäss Grossratspräsident Pius Federer die Einzelinitiative an der Sitzung vom 21. August vorbesprechen und anschliessend zur Behandlung an den Grossen Rat weiterleiten.

Die Gründe des Initianten

Paul Bannwart will aus verschiedenen Gründen verhindern, dass der Lehrplan 21 in Appenzell Innerrhoden eingeführt wird. Beispielsweise verlangt er, dass weiterhin in Jahrgangsklassen unterrichtet wird und im Lehrplan auch konkrete Fächer und Jahresziele genannt werden. Im Lehrplan 21 ist dagegen die Rede von Fachbereichen und Kompetenzen.

Auch stört sich der Einzelinitiant daran, dass sich Kinder heute viel Wissen selbst aneignen müssen. Kinder sollen stattdessen vom Lehrpersonal kindergerecht gefördert werden. Auch will Bannwart, dass der Lehrplan nicht einfach stillschweigend und ohne Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger eingeführt wird.

<http://www.appenzellerzeitung.ch/ostschweiz/kantonappenzell/auszeitung/at-au/SVP-Praesident-ist-gegen-Initiative;art120092,4316939>

Change Management am Beispiel des Lehrplans 21

Die Bildungsverantwortlichen in den kantonalen Erziehungsdirektionen haben es während Jahren versäumt, ihre mündigen Lehrerinnen und Lehrer mit stichhaltigen und einsichtigen Argumenten von der Überlegenheit des neuen Lehrplans 21 zu überzeugen. Die unentwegt behauptete Unverzichtbarkeit der Kompetenzorientierung bleibt für viele aufgeklärte Lehrpersonen dubios. Lapidare Erklärungsversuche zeugen von der despektierlichen Haltung gegenüber dem Intellekt der Lehrerschaft.



Matthias Burchardt: "Lehrer sollen mental umprogrammiert werden"
Bild: Bildung-Wissen.eu

Wie mit "Change Management" kritische Lehrerkollegen auf Linie gebracht werden sollen, von Fritz Tschudi,

In Wahrheit pfeifen es die Spatzen von den Dächern: Die Kompetenzorientierung hat sich weder bei Lehrplänen noch im entsprechenden Unterricht bewährt. [Alarmierende Signale](#), vor allem aus Deutschland, sind für Interessierte zwar nicht zu überhören, trotzdem nehmen unseren Medien keine Notiz davon und selbst der LCH verzichtet aus naheliegenden Gründen auf dieses Thema.

Die Reformrhetoriker werden trotz allem nicht müde, unentwegt das gleiche zu proklamieren, dass nämlich keine Reform gegen den Willen der Lehrerschaft möglich sei und dass kein Weg an der Kompetenzorientierung vorbei führe. Allerdings deutet vieles darauf hin, dass gerade die Umsetzung des LP21 zum Musterbeispiel für eine faktisch erzwungene Massnahme werden könnte. Wie kann aber ein drohendes Desaster am ehesten vermieden werden?- Ganz einfach: Man mache Böcke zu Gärtnern! – Das ist ein wesentliches Element des „**Change Management**“.

Matthias Burchardt, Akademischer Rat am Institut für Bildungsphilosophie der Universität Köln, nimmt in einem *Interview* unter dem Titel [Change, Reform und Wandel](#) u.a. zu diesem Thema Stellung, welchem **der folgende Auszug** entnommen ist.
(Hervorhebungen F. Tschudi)

„Change Management bedeutet, dass die beteiligten Menschen - also Mitarbeiter eines Unternehmens oder ein Lehrerkollegium - mit Psychotechniken mental umprogrammiert werden sollen, so dass sie Dinge, die sie möglicherweise aus guten Gründen ablehnen, nicht nur akzeptieren, sondern sich sogar zu eigen machen und anschliessend selbst mit vorantreiben. Die Change-Agenten wenden sich dabei nicht an den anderen Menschen als eine freie und urteilsfähige Person, sondern unterlaufen geschickt dessen Freiheit und Urteilstkraft - eine klare Verletzung der Menschenwürde.

Im äusserst sehenswerten Film ["Work hard - Play hard"](#) von Carmen Losmann verkündet eine DHL-Führungskraft, sie wolle Mitarbeiter verändern und ihnen den Change in die DNA einschreiben. Tatsächlich geht es um die Einpflanzung von Eigenschaften, Sicht- und Handlungsweisen. Ein gewaltiges Umerziehungsprogramm, wenn man so will. **Im Hintergrund stehen dabei die Erkenntnisse aus der Gruppendynamik von Kurt Lewin, der festgestellt hatte, dass die Veränderung von Personen besser gelingt, wenn sie nicht von einer sichtbaren Autorität angestossen wird, sondern durch subtilen weil unsichtbaren Gruppendruck erzeugt wird.**

Lewin unterscheidet 3 Phasen des Change: Zunächst muss die Integrität der Personen aufgebrochen werden, damit sie bereit sind, sich zu verändern. "Unfreezing" nennt er das. Danach werden die neuen Konzepte etabliert, also der "Change" im engeren Sinne. Und schliesslich werden diese Muster verfestigt, damit der Change auch nachhaltig ist. "Refreezing" heisst das dann.
Hätten Sie vielleicht ein konkretes Beispiel parat?

Ja, ich komme einfach auf die Schweiz, die ich kürzlich bereist habe, zurück. **Aufschlussreich ist hier vor allem ein Dokument, das man als eine Art Leitfaden von offizieller Stelle entnehmen kann, wie man zögerliche oder widerspenstige Kollegien im Kanton Thurgau auf die Linie des "Lehrplan" 21 bringen will.**

Als erster Schritt der Auftau-Phase wird dabei angeraten, den Leidensdruck unter den Lehrern zu erhöhen - "Ziele so anspruchsvoll setzen, dass sie mit bisherigem Verhalten nicht erreicht werden können." - und "Das 'Schön-Wetter-Gerede' (zu) unterbinden (Alles ist doch bestens ...)". Dann soll ein neues Führungsteam entwickelt und installiert werden, eine Koalition der Willigen, wenn man so will: "Zusammenstellen einer Koalition, die den Wandel verwirklichen kann. Die richtigen Leute auswählen, die richtigen Leute für die Zukunft (nicht der Vergangenheit)." *Und in dieser Dynamik aus Druck und Propaganda wird als Zielsetzung ausgegeben: "Lehrerinnen und Lehrer begeistern sich für den Lehrplan 21 und setzen ihn um"*, wobei als Konfliktpotential ausgewiesen wird: "Die über 50-jährigen Lehrpersonen gewöhnen sich an nichts Neues." Als wäre die Transformation einer Schulkultur eine Sache von Gewöhnung und nicht des politischen Diskurses, der niemanden ausschliessen darf.

Die skizzierten Strategien der Organisationsentwicklung durch Change Management dürften vielen Lehrern und Hochschulkollegen bekannt vorkommen. Insbesondere bei der Durchsetzung des Bologna-Prozesses sind auf diese Weise vielfältig Strukturen, Prozeduren und Personen verändert worden. *Und viele der Kritiker sind bis heute kaltgestellt als Leute der Vergangenheit.*

Burchardt: Mir geht es nicht darum, Ohnmachtsgefühle auszulösen. Davon profitieren nur die selbsternannten Reformier! Sobald ich aber die Strategien und Ziele verstehe, haben die Change-Profis aber keine uneingeschränkte Macht mehr über mich. Wenn ich weiss, dass im Bücherregal der Schulleitung Bücher zum Change im Lehrerkollegium stehen, kann ich die Angriffe auf die Schuldemokratie frühzeitig erkennen und abwehren." (Ende Auszug)

Es bleibt zu hoffen, dass die Lehrpersonen Indoktrinationsversuchen aus den eigenen Reihen nicht allzu leicht erliegen. Überzeugungen, welche auf dem Boden der Erfahrung und guter Argumente gewachsen sind, bilden als Teil der Persönlichkeit eine sinngebende Schranke, welche nicht respektlos niedergedrückt werden darf – auch nicht auf Befehl von oben! Begeisterten Agitatoren ist es selbstverständlich unbenommen, ihre Überzeugungen im eigenen Unterricht umzusetzen und sich darüber nach Belieben austauschen. Was die gezielte Beeinflussung der Kolleginnen und Kollegen im Sinne des Change Managements betrifft, müssten aber zumindest die Warnlampen aufleuchten. Es sei daran erinnert, dass es einzig die Praktiker an der Schulfront sind, welche Erfolge vorzeigen müssen und Misserfolge zu rechtfertigen haben. Die Konstrukteure des Lehrplans 21 haften dagegen in keiner Weise für ihr „Produkt“. Die möglichen Versager stehen mit oder ohne Change von vornherein fest.

Burchardt: „**Entscheidend dabei ist, dass sich das Kollegium nicht spalten lässt und selbst auf die Verfahrenshoheit achtet. Denn nur eine Stärkung der demokratischen Kultur kann diesen Tendenzen etwas entgegensetzen.** Ich bin im Grunde sehr optimistisch, weil die Menschen glücklicherweise aus dem politischen Schlummer aufwachen und zunehmend Erfolge durch politisches Engagement zu feiern sind.“

http://schuleschweiz.blogspot.ch/2015/08/change-management-am-beispiel-des_12.html

NZZ, 9.8.2015

Die Verführungskraft des digitalen Zugriffs

Inkompetenzerkennungskompetenz

Unser Verhältnis zu den digitalen Medien ist nicht immer so rational, wie wir uns das vorstellen. Leicht machen wir uns vor, dass die im World Wide Web geballte Information echtes Wissen darstellt.

von Eduard Kaeser

Heute, da fast nur noch von Kompetenzen geredet wird, gewinnt plötzlich ein altes menschliches Phänomen eine neue Bedeutung und Brisanz: der sprichwörtliche blinde Fleck, den man selbst nicht sieht; der Ignorant, der nicht weiss, dass er ignorant ist; der Unbeholfene, der sich seiner Unbeholfenheit nicht bewusst ist. Es geht, kurz, um Inkompetenzerkennungsinkompetenz.

Das Phänomen ist in der Neurologie bekannt unter der Bezeichnung der Anosognosie. Ein Beispiel: Nach einem Schlaganfall in der rechten Gehirnhälfte leidet ein Anosognosie-Patient an einer Lähmung des linken Armes, die ihm aber nicht bewusst ist. Anosognosie verursacht nicht nur die Lähmung, sondern gleichzeitig die Unfähigkeit, die eigene Gelähmtheit zu erkennen. Legt man dem Patienten einen Bleistift auf den Tisch und fordert ihn auf, danach zu greifen, wird er es körperlich bedingt nicht tun. Er wird aber sagen, er sei zu müde oder benötige keinen Bleistift. Sein Unvermögen alarmiert ihn also nicht. Das Gehirn hat einen neuronalen Monitor, der, wenn beschädigt, zu einem partiellen Ausfall der Wahrnehmung führen kann: ein «hemisphärischer Neglect» («hemispatial neglect»). Betroffene Patienten können einen Teil ihrer Umgebung buchstäblich nicht mehr wahrnehmen. Männer rasieren zum Beispiel nur die eine Gesichtshälfte; oder einer isst nur die eine Hälfte des servierten Essens und beklagt sich, zu wenig bekommen zu haben.

Aufgeblähte Selbsteinschätzung

Das Phänomen gibt es auch im Bereich des Kognitiven. Es wurde 1999 vom Sozialpsychologen David Dunning und seinem Schüler Justin Kruger untersucht und hat unter der Bezeichnung «Dunning-Kruger-Effekt» Eingang in die psychologische Fachliteratur gefunden. Der Titel der Studie sagt eigentlich schon alles: «Unqualifiziert und uneinsichtig: wie Schwierigkeiten, die eigene Inkompetenz zu erkennen, zu einer aufgeblähten Selbsteinschätzung führen».

Was Dunning und Kruger irritierte, war der Umstand, dass viele Leute von ihrer Inkompetenz nicht irritiert sind; nicht verlegen, bescheiden oder vorsichtig werden – im Gegenteil: Oft ist die Inkompetenz begleitet von einer aufgepumpten, fallweise auch lachhaften Selbstgewissheit. So war die Initialzündung zu ihrer Studie ein Bankraub in Pittsburg im Jahre 1995, der an Filmklauk à la Laurel and Hardy erinnert. Ein Mann namens McArthur Wheeler überfiel kurz nacheinander zwei Banken am helllichten Tage. Ganz ohne jede Vorsichtsmassnahme, wie es schien, denn er hatte sich nicht darum gekümmert, in der kameraüberwachten Schalterhalle sein Gesicht zu tarnen. Er wurde noch am gleichen Abend dank den Kameraaufnahmen verhaftet. Für Heiterkeit sorgte Wheelers unbeirrte Meinung, sein Gesicht sei durch Einreiben mit Zitronensaft für die Kameras unsichtbar. Er habe seine Methode zu Hause selber überprüft. Der Banküberfall falsifizierte diese freilich schnell und brutal. Eine trübe Tasse von Räuber, wird man sagen. Dunning und Kruger sahen darin mehr, nämlich einen Typus von kognitiver Verzerrung: Wheeler war der Meinung, etwas Sinnhaftes zu tun, und er zeigte sich offenbar unfähig, die Falschheit dieser Meinung einzusehen.

Die digitalen Medien verschaffen heute auf beispiellose Weise leichten und schnellen Zugang zu Datenbanken. Googeln und Wikipedia-Anklicken gehören schon zu den neuen Kulturtechniken.

[Die scheinbar grenzenlose Verfügbarkeit von Information kann allerdings dazu verleiten, Zugang zum Wissen mit Wissen selber zu verwechseln.](#) Anders gesagt, lauert auch hier der Dunning-Kruger-Effekt der falschen Einschätzung. Das Problem ist ein metakognitives: Die Möglichkeit, sich Wissen über das Internet zu beschaffen, erhöht auch das Risiko von Halbbildung, also der Konsumation von halbgenauen Theorien und ungeprüften oder schlecht geprüften Hypothesen wie jene vom Zitronensaft. Tests, die Dunning und Kruger mit Studenten durchführten, zeigten eine deutliche Proportionalität: Je schlechter die Aufgabenbewältigung, desto schlechter die Einschätzung der eigenen Inkompetenz. Nun waren diese Tests nicht direkt auf die digitalen Medien ausgerichtet. Aber man darf vermuten, dass die Dienste des Internets manch einen User dazu verleiten, seine Selbsteinschätzung falsch zu kalibrieren, das heisst, sich in der Meinung zu wiegen, er sei kompetent nur schon deswegen, weil er mit dem Zugang zur Information über diese Kompetenz ausgerüstet ist.

Nehmen wir etwa den Orientierungssinn. Er wird heute immer mehr durch Navigations-Apps ergänzt und tendenziell ersetzt. Genau diese Tendenz manifestiert die Ambivalenz der Technologie. Dank ihr können wir uns viel schneller und zielführender im Gelände orientieren. [Aber wir sollten dies nicht als verbesserte Orientierungskompetenz missverstehen.](#)

Oder vielmehr: Das Missverständnis entsteht dann, wenn wir nicht gleichzeitig in uns selber die Geländekenntnis vertiefen, also eine entsprechende Kompetenz ausbilden. Das könnte durchaus als Chance angesehen werden: nämlich sich einzugestehen, dass man im Grunde etwas noch nicht weiss, wenn man es in Wikipedia nachgefragt hat; oder etwas noch nicht kann, wenn man über eine entsprechende App verfügt. [Der Philosoph Odo Marquard hat einmal – halb im Ernst – von der Philosophie als einer Inkompetenzkompensationskompetenz gesprochen.](#) Eine solche Fähigkeit des Eingeständnisses stünde uns gar nicht so schlecht an in einer Zeit, die von uns bis in die hintersten Lebensnischen Kompetenzen abfordert. Warum also nicht eine Inkompetenzerkennungskompetenz? Sie würde zuallererst bedeuten, dass wir neben dem Abfragen in den digitalen Medien auch wieder das Fragen lernen, also das, was uns menschlich macht.

Folgeschäden

Sie ist noch aus einem weiteren Grund wichtig. Denn unter Inkompetenz leiden in der Regel die anderen, nicht der Inkompetente. Sitzt er im sozialen, politischen, wirtschaftlichen Netzwerk in einem Entscheidungsknoten, kann sein Handeln ärgerliche bis schädliche Folgen haben. Und Ursache ist nicht einfach sein Fehlentscheid, vielmehr die Fehleinschätzung seines Fehlentscheids. Es wäre aufschlussreich und wahrscheinlich ziemlich ernüchternd, unter dem Aspekt des Dunning-Kruger-Effekts einmal eine genauere Analyse des ganzen Rattenschwanzes von Krisen und Kalamitäten aus unserer rezenten Geschichte durchzuführen. Also die Frage zu stellen: Ist die Selbsteinschätzung all der selbsternannten Fiasko-Spezialisten, die sich ihrer Kompetenzen auch noch rühmen, nachdem sie uns den Schlamassel eingebrockt haben, nicht falsch kalibriert?

Meine Hypothese: Viele sind vom Schlag des Bankräubers McArthur Wheeler. Und der Ruf wäre daher angebracht: Schaut doch nur, all die trüben Tassen in Politik in Wirtschaft haben ihre Gesichter mit «Zitronensaft» eingerieben, aber sie sind trotzdem kenntlich!

Der Berner Eduard Kaeser ist Physiker und promovierter Philosoph. Er ist als Lehrer, freier Publizist und Jazzmusiker tätig.

<http://www.nzz.ch/feuilleton/inkompetenzerkennungskompetenz-1.18591931>

«Einseitiger und ungebildeter geht es nicht»

Bildungskritiker Konrad Paul Liessmann kritisiert die Vermessung der Bildung. Er empfiehlt der Schweiz ein Reformmoratorium.

Herr Liessmann, die Schule will nicht mehr nur Wissen, sondern auch Kompetenzen vermitteln. Warum haben Sie da Bedenken?

Zurzeit gibt es einen unglaublichen Reformdruck im Bildungswesen. Allerdings scheint es dabei oft um eine Reform der Reform willen zu gehen. Zuerst wird ein neues Konzept entwickelt wie zum Beispiel dasjenige der Kompetenzorientierung, und dann wird ein Reformbedarf behauptet.

Die wichtigsten Bildungsziele seien seit dem 18. Jahrhundert bekannt, heisst es in Ihrem letzten Buch.

Es geht mir sicher nicht darum, das Rad der Zeit zurückzudrehen. Natürlich entwickelt sich die Schule – wie auch die Gesellschaft. Die Frage ist aber, in welchem Tempo dies geschieht. Bildungseinrichtungen sollen auch Kontinuität und Vertrauen vermitteln, jedes Jahr Lehrpläne und Didaktiken zu ändern, verunsichert alle: Schüler, Eltern, Lehrer. Das ist kontraproduktiv. Und vor allem: Die Grundideen einer modernen Bildung des Menschen haben sich seit Wilhelm von Humboldt (1767–1835) nicht wesentlich geändert.

Inwiefern?

Es geht um Aufklärung, um ein mündiges Subjekt, es geht auch heute noch darum, Menschen zu befähigen, am Gemeinwesen teilzunehmen, sie so zu bilden, dass ihre Einstellung zur und ihr Wissen von der Welt im Wesentlichen durch Wissenschaftlichkeit und Rationalität geprägt wird, es geht um Urteilskraft und Kritikfähigkeit. Das waren die Ideen des 18. Jahrhunderts. Was davon soll heute denn nicht mehr aktuell sein?

Wissen ist heute im Internet verfügbar. Die Schüler müssen es bloss abrufen können.

Im Internet finden sie keine Antwort auf die Frage, welche Persönlichkeit jemand entwickeln muss, um ein aktiver Bürger zu werden oder soziale Konflikte zu lösen. Die Basisinformationen im Internet werden erst lebendig, wenn jemand sie sich in einem Lernprozess aneignet. Das Internet ist nichts anderes als eine universell gewordene Bibliothek mit unendlich vielen Vorteilen. Aber ich bin noch nicht literarisch gebildet, wenn ich weiss, wo ich im Internet die Romane und Theaterstücke von Friedrich Dürrenmatt oder Max Frisch finde. Gebildet bin ich erst dann, wenn ich diese Texte gelesen habe und deren Lektüre in mir etwas zu bewirken vermochte.

Heute bilden die Schulen aber nicht mehr, sie bilden nur noch aus?

Ich möchte Ausbildungen überhaupt nicht abwerten. Wir alle müssen ausgebildet werden, um zum Beispiel Sprachen, Methoden, Techniken zu erlernen. Dafür braucht es Trainingsprozesse, und Lehrkräfte können in diesem Sinn als Coaches verstanden werden. In der Bildung geht es aber nicht bloss darum, etwas zu können, sondern auch darum, etwas zu verstehen – von sich und der Welt. Es geht darum, in einer bestimmten Art und Weise in der Welt zu sein. Und das ist etwas, das einem niemand beibringen kann.

Früher lernte man im Geschichtsunterricht Jahreszahlen und hatte nichts begriffen. Heute aber analysiert man Quellen.

Natürlich gab es früher denkbar schlechten Geschichtsunterricht, der sich darin erschöpfte, Jahreszahlen und Fakten mechanisch zu reproduzieren. Was wir aber gegenwärtig erleben, ist der Verlust jedes Verstehens von historischen Zusammenhängen, der Verlust jeder Sensibilität für

zeitliche Dimensionen, für Entwicklungsprozesse, für Gewordenheiten. Der Geschichtsunterricht erschöpft sich oft im Erarbeiten von «Querschnittsmaterien» – mit dem Resultat, dass für viele Schüler alles Vergangene gleich weit entfernt ist, egal ob es 50 oder 2000 Jahre zurückliegt.

Steckt hinter der Reformwelle im Bildungswesen nicht auch eine Angst vor der Globalisierung?

Das trifft sicher zu. Die Frage ist nur, warum auf dynamische Entwicklungen immer mit Hektik und Panik reagiert werden muss. Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, dass die ökonomischen Probleme in jenen Staaten am grössten sind, welche die Reformempfehlungen der OECD im Bildungswesen am besten erfüllt haben. In der Schweiz hingegen mit der niedrigsten Maturanden- und Akademikerquote Europas und einem kantonal organisierten dualen Bildungssystem gibt es relativ wenig Probleme. Die erfolgreichsten Gesellschaften betreiben eine eher konservative Bildungspolitik.

Und mit dem Lehrplan 21 setzt die Schweiz dies ohne Not aufs Spiel?

Der «Pisa-Schock» fand in der Schweiz ja gar nicht statt. Sie schnitt in den Vergleichstests immer recht gut ab. Entscheidend für den Erfolg einer Schule sind ja weniger die Organisation oder die Lehrpläne als die Lehrer. Wie gut sind die ausgebildet? Können sie wirklich junge Menschen für etwas begeistern?

Die Lehrer sollen laut Lehrplan 21'4500 standardisierte Kompetenzen vermitteln und zugleich nach innerer Differenzierung unterrichten.

Diese Form von Widersprüchlichkeit ist atemberaubend. Es sind ja oft wichtige Gedanken, die hinter einer Reform stecken. Die Perversion geschieht aber bei der Umsetzung. Es ist absurd, wenn junge Menschen neun Jahre lang zur Schule gehen und am Schluss doch nicht lesen können. Es gibt angeblich bis zu 25 Prozent funktionale Analphabeten in Deutschland und Österreich.

Rechtschreibung soll an gewissen Schulen in Deutschland nur noch nach dem Gehör vermittelt werden.

«Schreiben, wie man spricht» ist eine gängige Schreibdidaktik. Die Lehrer sind angehalten, Fehler nicht zu korrigieren, weil das die Kinder traumatisieren könnte. Wenn man Standards definieren will, dann sicher bei den Kulturtechniken. Aber man sollte nicht alle Schulen zwingen, sich dabei auf eine Methodik einzuschwören.

Welches Wissen könnte bei den Schülern durch die Einführung des Lehrplans 21 verloren gehen?

Das Problem liegt bei der Ausrichtung auf die Kompetenzorientierung. Der Lehrplan ist so kleinteilig ausformuliert, dass jede Bewegung eines Schülers und jede Reaktion eines Lehrers als Kompetenz und als Kompetenzüberprüfungskompetenz festgelegt ist. Wer ein Kompetenzraster gesehen hat, der weiss: Das lähmt jeden Unterricht.

Der Lehrer wird gehemmt, und damit auch die Schüler.

Genau. Ein wunderbarer Text wie «Robinson Crusoe» zum Beispiel wird in einem kompetenzorientierten Lesebuch für 12- bis 13-Jährige schon nach fünf Zeilen mit den ersten Kontrollfragen nach dem Satzbau und nach Namen und Objekten unterbrochen, alles muss sofort überprüft und klassifiziert werden. Was immer das Ziel solcher Lehrmittel ist: Die Lust am Lesen wird damit bei jungen Menschen sicher nicht geweckt.

Eine Folge des «Pisa-Schocks» war ja der Glaube an die Mess- und Vergleichbarkeit von Bildung.

Pisa selber ist das beste Beispiel für einen künstlich erzeugten Wettbewerb, der von völlig falschen Annahmen ausgeht. Dabei wurden aufgrund einer sehr knappen Definition von Kompetenzen auf eine nachgerade fahrlässige Weise Aussagen über die Leistungsfähigkeit von Bildungssystemen gemacht. Pisa suggeriert, dass Bildungssysteme vergleichbar seien im Hinblick auf künstlich definierte Kompetenzen, wobei Fremdsprachen, Geschichte, Politik, die musischen Fächer und Religion gar nicht vorkommen. Einseitiger und ungebildeter geht es nicht mehr.

Die Messbarkeit von Bildung wird von der Wirtschaft gewünscht.

Mittlerweile gibt es eine Reihe von Studien, die zeigen, dass es keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Prosperität und Pisa-Test-Ergebnissen gibt. Pikanterie am Rande: Die 15-Jährigen des Jahres 2000, deren schlechtes Abschneiden im Test zum ersten «Pisa-Schock» in Deutschland führte, bilden heute den Kernstock des neuen deutschen Wirtschaftswunders. Deutschland dominiert ökonomisch den Kontinent mit den angeblich inkompetentesten Menschen, die es gemäss Pisa je hervorgebracht hat. Irgendetwas kann da nicht stimmen.

Ist der Erfolg von Bildung denn gar nicht messbar?

Natürlich können bestimmte Dimensionen des Könnens, Wissens und Verstehens gemessen werden. Jeder Lehrer, der eine Arbeit beurteilt, macht das. Wenn es aber um Argumentations- und Urteilsfähigkeit, um ästhetische und moralische Sensibilität geht, dem eigentlichen Bereich der Individualisierung, wird Messen schwierig. Und vor allem können anhand weniger Indikatoren nicht die Leistungen von Systemen gemessen werden.

Dank dem Messen sind Rankings von Schulen möglich.

Rankings, die z.B. nur auf Umfragen über Forschungsleistungen beruhen, sind nicht seriös. Es macht einen Unterschied, ob ich an einer Hochschule unterrichte, wo das Betreuungsverhältnis 1 zu 10 ist oder 1 zu 250. Wenn an einer Massenuniversität viel publiziert wird, so ist das eine bessere Universität als eine Eliteuniversität, weil von den Dozenten vielseitigere Fähigkeiten verlangt werden und die Belastungen grösser sind.

Um bei den Unis zu bleiben: Bologna scheint für Sie ein nachgerade bildungsfeindliches System zu sein.

Bologna hat zu einer dramatischen Verschulung und Entakademisierung geführt. Was einst eine Universität ausgemacht hat, forschungsorientiertes Lehren und Lernen, beginnt heute allenfalls auf der Stufe Master. Wer bloss seinen Bachelor macht, hat einfach eine zusätzliche Schule absolviert, was ja nicht schlecht sein muss. Aber es geht dabei nicht um eine freie und lebendige Auseinandersetzung und Einarbeitung in eine wissenschaftliche Disziplin.

Zur Verschulung gehört für Sie auch das «Power-Point-Karaoke». Immerhin lernen die Studierenden dabei, wie sie sich verkaufen können.

Studierende haben heute die Tendenz, nur noch das für wichtig zu halten, was auf einer Folie steht. Was sonst noch erklärt wird, zählt nicht. Ein Kollege von mir hat einmal in einer Vorlesung auf einer Folie Sätze festgehalten, die Negationen darstellten im Sinne von «Pädagogik ist nicht...». Die Studierenden haben nicht realisiert, dass es um Warnungen ging. Sie haben die ersten Begriffe der Folie auswendig gelernt. Die Power-Point-Kultur erstickt systematisch jedes kritische und selbstständige Denken.

Sie haben postuliert, dass die Wirtschaft ein Interesse daran habe.

Ich habe daraufhin viele Reaktionen aus der Wirtschaft erhalten und sehe es heute anders. Ich denke, dass es um eine Art vorauseilenden falschen Gehorsam von Bildungseinrichtungen geht.

Sie glauben, sie seien auf diese Weise wirtschaftsnah. Auf diese schmalspurig ausgebildeten jungen Menschen ist die Wirtschaft aber gar nicht mehr neugierig. Weil klar ist, dass diese jungen Leute nur eine Show abziehen.

Wir sollten über Bildungsinhalte reden. Warum tun wir es nicht?

In der multikulturellen Gesellschaft haben viele Angst, wichtige Bildungsinhalte zu definieren. In Österreich wird jede Debatte über die Einführung eines Kanons in Literatur und Kunst gescheut. Es ist verboten, in den Lehrplänen Autoren und Werke zu nennen.

Verboten?

Verboten. Es darf nur noch erwähnt werden, dass Schüler die Kompetenz erwerben sollen, sich mit literarischen Texten auseinanderzusetzen.

Aber Literaturgeschichte gehört doch ans Gymnasium.

Sie ist aber keine Kompetenz. Es ist gleichgültig, ob die Schüler Walter von der Vogelweide lesen oder einen Kommentar in einer Boulevardzeitung. Literarische Themen sind an der neuen Zentralmatura kaum möglich. Es darf auf kein Wissen mehr rekurriert werden.

Worum geht es stattdessen im Deutschunterricht?

Man übt Textsorten, lernt Kommentare und Leserbriefe schreiben, Power-Point-Präsentationen zusammenzustellen oder Reden zu halten. Hin und wieder werden auch literarische Texte gelesen, die aber nicht zu lange sein dürfen und ohne historischen oder literarischen Kontext problemorientiert behandelt werden müssen. Das führt schon einmal dazu, dass Texte von Franz Kafka in Hinblick auf Fragen des Tourismus «gedeutet» werden müssen.

Es gibt keine literarischen Werke mehr, über die man geprüft wird?

Nein. Das hat auch zu einem Protest der Interessengemeinschaft österreichischer Autoren geführt, auch weil der Markt für Autoren verschwindet. Sie fordert die Rückkehr der Literatur in den Deutschunterricht. Es ist ja mittlerweile nicht nur in Österreich so, sondern auch in einigen deutschen Bundesländern. Ich empfehle der Schweiz ein Moratorium in Sachen Bildungsreform.

Sie möchten die Schule als eine Art Schutzraum erhalten. Das klingt nach heiler Welt.

Das wäre ja nichts Schlechtes. Aber Spass beiseite: Wie gesagt, ich will nicht zurück in die Vergangenheit. Aber nicht alles aus der Vergangenheit ist überholt. Im Bildungsbereich gibt es Prinzipien, die nicht überholt sind. Im Wort «Schule» steckt das griechische Wort für Musse, «scholé». Bildung braucht Musse. Ginge es nur um Arbeitsmarkttauglichkeit, könnte man Kinder ja auch einfach arbeiten lassen, da würden sie auch alles lernen, was notwendig ist. Aber Disziplinierung und Konzentration ist eben nur in einem Schonraum möglich, der Musse zulässt. Das ist heute eine ziemliche Herausforderung. Es hat ja sonst kaum mehr jemand die Musse, etwa den «Zauberberg» von Thomas Mann zu lesen. In einer guten Schule sollte dies zumindest möglich sein.

Zur Person

Der 62-jährige Konrad Paul Liessmann ist Publizist, Essayist und Philosophieprofessor an der Universität Wien. 2006 war er in Österreich «Wissenschaftler des Jahres». In Bern hat er jüngst auf Einladung der Hochschule der Künste und des Campus Muristalden über sein letztes Buch «Geisterstunde. Die Praxis der Unbildung» referiert.

<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/einseitiger-und-ungebildeter-geht-es-nicht/story/21701550>

Weniger Interesse an Mittelschule in St.Gallen

ST. GALLEN. 115 Schülerinnen und Schüler weniger als im Vorjahr besuchen ab Montag im Kanton St.Gallen neu die Mittelschule. Nebst diesen sinkenden Schülerzahlen muss sich der Kanton auch mit der tiefen Maturaquote befassen.

NINA RUDNICKI

Am Montag beginnt das neue Schuljahr. 1116 Mittelschüler werden dann eine der Kantonsschulen, Fachmittelschulen oder Wirtschaftsmittelschulen des Kantons St.Gallen besuchen. Das sind gut hundert Schüler weniger als im Vorjahr. Beim Rückgang handle es sich um eine leichte Schwankung, sagt Marcel Koller vom kantonalen Amt für Mittelschulen. So hätten die Zahlen in den vergangenen Jahren immer leicht zu- oder abgenommen. «Ein Grund dafür ist etwa, dass es in einem Jahr mehr attraktive Lehrstellen gibt als in einem anderen», sagt er. Dass die Zahlen der Mittelschüler langfristig abnehmen, sei auf den allgemeinen Schülerrückgang zurückzuführen.

Tiefste Maturaquote in St.Gallen

Nebst abnehmenden Schülerzahlen muss sich der Kanton auch mit der Maturaquote befassen. Diese ist in St.Gallen die tiefste der Schweiz. Im vergangenen Jahr lag sie bei 14,1 Prozent, weit unter dem Schweizer Durchschnitt von 20,2 Prozent. Auch bei der Fachmatura sieht es nicht besser aus. Hier beträgt der Schnitt in St.Gallen 1,7 Prozent, landesweit 2,5 Prozent.

Frage nach fehlendem Interesse

Einfach das Niveau der Aufnahmeprüfungen zu senken, könne aber nicht die Strategie gegen die tiefen Quoten sein, sagt Koller. «Viel mehr muss die Frage beantwortet werden, warum jenen Schülern das Interesse fehlt, die für eine Mittelschule geeignet wären.» Nach möglichen Erklärungen soll im Rahmen eines Berichtes gesucht werden, der im ersten Halbjahr 2016 dem Parlament vorgelegt wird. «Denn offensichtlich ist die Mittelschule im Kanton nicht gleichermassen attraktiv wie in anderen Kantonen», sagt Koller.

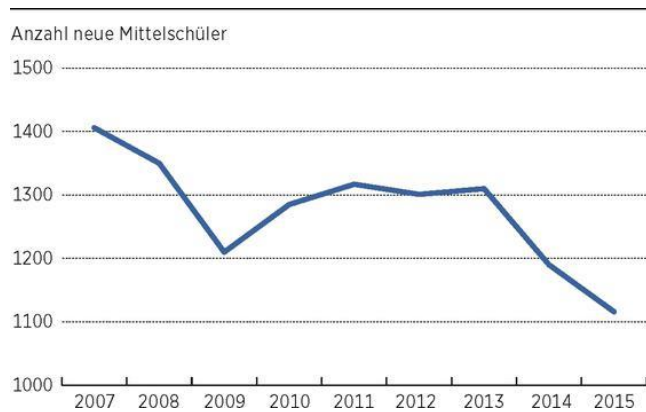
Jene 1116 neuen Schüler, die sich in diesem Jahr für die Mittelschule entschieden haben, werden auf 49 Klassen verteilt. Pro Klasse ergibt das 23 Schüler. Eine eher hohe Zahl. «Es sind nicht an allen Schulen alle Schwerpunktfächer zustande gekommen», sagt Koller. So wird es beispielsweise keine Lateinklasse in Wil sowie keine Italienisch- und keine Musikklasse in Heerbrugg geben. Die betroffenen Schüler konnten sich entweder für einen anderen Schwerpunkt oder für eine andere Schule entscheiden. Durch diese Massnahme lassen sich gemäss Angaben des Bildungsdepartementes vier Klassen über die vierjährige Ausbildungsdauer einsparen. Das entspricht rund sieben Millionen Franken.

Die meisten der neuen Mittelschüler haben sich wie üblich für das Gymnasium entschieden. So sind es in diesem Jahr 892 Schüler, welche die Kantonsschule besuchen werden. Immer mehr entschliessen sich ausserdem dazu, die zweisprachige Maturität Deutsch-Englisch zu absolvieren. «Diese ist absolut im Trend», sagt Koller. So hätten sich dieses Jahr 28 Prozent der Kantonschüler angemeldet.

Ein Fünftel scheidet aus

83 Schüler besuchen eine der vier Klassen der Wirtschaftsmittelschule mit Schwerpunkt Sprachen oder Informatik. 141 Schüler streben einen Fachmittschulabschluss an. Während der Probezeit sei erfahrungsgemäss damit zu rechnen, dass fünf bis zehn Prozent der Schüler diese nicht bestehen. Bis Ende der vier Schuljahre würden zudem rund 20 Prozent der Schüler ausscheiden. Die Gründe dafür sind die Nichtpromotion in höhere Klassen, Wegzüge und seltener Auschlüsse aus der Schule aus disziplinarischen Gründen.

Zugelassene neue Schüler an Mittelschulen



Die Zahl der neuen Schüler an den Mittelschulen hat in den vergangenen Jahren kontinuierlich abgenommen. Sind im Jahr 2007 noch 1406 neue Jugendliche in die Mittelschule eingetreten, waren es 2010 noch 1285 und 2015 noch 1116 Schüler.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/ostschweiz/tb-os/Weniger-Interesse-an-Mittelschule;art120094,4310854>

Damit Thurgauer Themen nicht untergehen

Der Kanton Thurgau führt zusammen mit dem neuen Lehrplan 21 ein neues, kantonales Lehrmittel ein mit dem Titel «Thurgau-du-Heimat».

Mit dem neuen Lehrmittel soll laut Walter Berger, Leiter des Thurgauer Amtes für Volksschule, sichergestellt werden, dass Thurgauer Themen nicht untergehen. Ziel sei es, den Lehrerinnen und Schülern Arbeitsmöglichkeiten zu eröffnen, um Thurgauer Themen zu behandeln.

«Das Lehrmittel haben wir nicht aufgrund der Kritik am Lehrplan21 erarbeitet, sondern weil zeitgemässes Unterrichtsmaterial fehlte.»

Walter Berger, Leiter Thurgauer Amt für Volksschule

Das Lehrmittel beschäftigt sich mit der Geschichte des Kantons, der Geographie oder auch den kulturellen Themen. So habe auch das Thurgauer Lied einen Platz im Lehrmittel, sagt Berger.

Das Lehrmittel kommt nicht als gedrucktes Buch daher, sondern als Computerprogramm. Diese sind laut Berger einfacher anzupassen. Zudem könnten die Lehrkräfte das ausdrucken was sie brauchen und die Schulkinder am Computer Aufgaben lösen.

Bisher kein vergleichbares Lehrmittel

Felix Züst, Präsident des Verbandes der Thurgauer Schulgemeinden, begrüsst das neue Lehrmittel. Bis jetzt habe es gar kein Lehrmittel in diesem Bereich gegeben. Die Lehrkräfte hätten sich die Materialien selber zusammenstellen müssen.

Das Lehrmittel soll in zwei Jahren zusammen mit dem neuen Lehrplan eingeführt werden und maximal eine halbe Million Franken kosten.

[Audio «Thurgauer Lehrmittel zum Lehrplan21 \(04.08.2015\)» abspielen.](#)

<http://www.srf.ch/news/regional/ostschweiz/damit-thurgauer-themen-nicht-untergehen>

Boom an internationalen Schweizer Schulen ist vorbei

Von Catherine McLean, Winterthur

Eine Zweigniederlassung der Zurich International School schloss im Juli ihre Tore, nachdem die Neuimmatrikulationen unter den Erwartungen geblieben waren. Sie ist nicht die einzige. Was steckt hinter der Schliessung mehrerer Privatschulen in der Ostschweiz, die auf den Nachwuchs von Expats ausgerichtet sind?

Lawrence Wood, Direktor der Swiss International School Winterthur SIS, beaufsichtigt an diesem späten Werktag-Nachmittag eine Handvoll Schüler auf dem Dachspielplatz die Seile hochklettern oder Bällen hinterher jagen.

Die Immatrikulationszahlen an seiner 14-jährigen Schule liegen mit 112 Studierenden auf einem Allzeithoch. Aber Wood muss – nach der Schliessung einer anderen internationalen Schule in der Stadt – besorgte Eltern beruhigen, dass seine Schule erhalten bleiben werde.

Während des ersten Jahrzehnts im neuen Jahrtausend zügelte manche internationale Firma in die Schweiz und brachte Arbeitskräfte aus dem Ausland mit. Die Einwanderer wollten ihren Kindern eine internationale Ausbildung anbieten. In der Folge entstanden vielerorts im Land neue, auf die wachsende Zahl junger Expats ausgerichtete Schulen.

Weniger grosszügige Arbeitsverträge als Folge der ökonomischen und politischen Entwicklung in der Schweiz haben inzwischen eine Auswirkung auf die internationalen Schulen, besonders ausserhalb der grösseren Städte, wo viele Ausländer leben. Im Mai schloss die International School Winterthur nach einem Konkurs ihre Tore. Im Juli wird die Zurich International School ihren Campus in Baden schliessen. Auch die International School of Zug and Luzern plant, ihre Schule in Luzern im nächsten Jahr zu schliessen.

"Es gibt keinen Zweifel: Der Wettbewerb auf dem Expat-Markt ist hart", sagt Wood später im Gespräch in seinem Büro. "Wenn diese Familien hierher ziehen, muss man sein Bestes geben, um sie zu bekommen und zu behalten. Man kann nicht zurücklehnen und hoffen, dass sie von selber kommen. Diese Zeiten sind vorbei."

Gesetzesänderung

Während der Boom-Jahre war Wood überzeugt, dass Winterthur für zwei internationale Schulen gross genug sei, obwohl die Stadt nur etwas mehr als 100'000 Einwohner hat. In Winterthur sind mehrere globale Unternehmen ansässig. Dort niedergelassen haben sich auch Expats, die in Zürich arbeiten.

Die Schliessung der International School Winterthur (ISW) kam überraschend. Die Schule nannte zur Begründung verschiedene Faktoren. Einerseits seien weniger Firmen bereit, die Stu-

diengebühren der Internationalen Schulen für die Kinder ihrer Angestellten gänzlich zu übernehmen. Eine Entwicklung, die auch von anderen internationalen Schulen in der Schweiz beobachtet wurde.

Andererseits hat ein Reglement im Kanton Zürich von 2011, das den Kindern aus der Region den Besuch einer internationalen Schule nur unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt, für niedrigere Schülerzahlen gesorgt. 2013 waren laut der lokalen Zeitung "Der Landbote" 200 Studierende an der ISW immatrikuliert. In diesem Frühjahr waren es noch 100.

Kantonales Reglement: Zürich

Nachdem ein Entscheid des Kantons Zürich von 1998 allen Eltern das Recht gab, ihre Kinder ohne Rechtfertigung an internationale Schulen zu schicken, machten immer mehr Eltern davon Gebrauch. Viele wollten ihren Kindern den Zugang zur englischen Sprache erleichtern. Diese Entwicklung wollte die kantonale Bildungsbehörde stoppen und erliess 2011 ein Reglement, das schulpflichtigen Kindern im Kanton den Besuch von fremdsprachigen Privatschulen nur unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt:

- Wenn die Eltern nur vorübergehend im Kanton Zürich wohnen.
- Wenn die Eltern glaubhaft machen können, dass sie beabsichtigen, ihren Wohnsitz in ein fremdsprachiges Land zu verlegen.
- Wenn die in einem nicht deutschsprachigen Kanton oder Land begonnene Schullaufbahn abgeschlossen werden soll.

Auch wirtschaftliche Probleme drücken auf die Nachfrage. Die Finanzkrise von 2008, der starke Frankenkurs sowie die Ungewissheit im Zusammenhang mit einem Immigrationsstopp, zu dem das Stimmvolk 2014 Ja gesagt hatte, lassen einige Firmen zwei Mal darüber nachdenken, ob sie sich in der Schweiz niederlassen wollen. Damit sinkt auch die Anzahl potentieller internationaler Schüler.

Einige Regionen sind stärker betroffen als andere. In der Region Genf zum Beispiel nimmt die Nachfrage für private Schulen wieder zu. 2013 hat die Gems World Academy im waadtländischen Etoy ihrer Tore geöffnet.

Für die Aufnahme an der International School of Geneva, die in Genf auf drei Campus acht Schulen betreibt, gibt es nach wie vor Wartelisten. Die Immatrikulationszahlen befänden sich im laufenden Schuljahr auf einem Allzeithoch, teilt die Schule mit. Stark sei die Nachfrage auch seitens der Schüler aus der Region, sagt Michael Kewley, Marketingdirektor der Schule. Die Präsenz der internationalen Organisationen wie der UNO, der Weltgesundheitsorganisation WHO sowie zahlreicher Nicht-Regierungsorganisationen in Genf gewährleistet eine stabile Anzahl Immatrikulationen.

"Wir sind nie selbstzufrieden und beobachten den externen Marktplatz sowie verschiedene ökonomische und gesetzliche Faktoren sehr genau. Derzeit können wir keine Bremsspuren erkennen", teilt Kewley in einer E-Mail mit.

Bildungsmarkt im Wandel

Die Schliessung der ISW zwingt betroffene Eltern und Schüler, eine Lösung zu finden für den Abschluss des Ausbildungsjahres. Um die Lücke zu füllen, hat die International School of Schaffhausen 30 Schüler übernommen.

Die Schaffhauser Schule, die erst 1999 ihre Tore öffnete, gehört zu den Neuanbietern auf dem Schweizer Bildungsmarkt. Die Schule, an der mehr als 270 Schüler eingeschrieben sind, steht im Wettbewerb mit grossen internationalen Schulen in Zürich. Die Übernahme der Winterthurer Schüler bietet der Schaffhauser Schule eine Möglichkeit zu zeigen, was sie kann.

"Es war eine beträchtliche Zunahme", sagt Gundula Kohlhaas, Direktorin der Schaffhauser Schule. "In den ersten wenigen Tagen hatten wir nicht genug Stühle, und wir mussten ein paar zusätzliche Tische hineinstellen. Für die Familien und die Schüler war es wichtig, dass sie weiterhin jeden Tag zur Schule gehen konnten."

In der kleinen Stadt Baden in der Nähe von Zürich, die bei Expats beliebt ist, hatten die Eltern mehr Zeit zur Verfügung, für ihre Kinder eine neue Schule zu suchen. Dort schliesst eine weitere internationale Schule ihre Tore. Die Zurich International School (ZIS), die seit mehr als 50 Jahren existiert, hatte in Baden 2007, als die ökonomischen Aussichten für die Region vielversprechender waren, einen neuen Campus errichtet.

"Während des ersten Jahrzehnts des Millenniums gab es einen extremen Globalisierungsboom", sagt ZIS-Sprecherin Urte Sabelus. "Viele global tätige Firmen zogen damals in die Schweiz und brachten zahlreiche international mobile Familien mit." Aber die wirtschaftliche Entwicklung kann sich schnell wandeln, sagt sie. "Die Schulen müssen in dieser Hinsicht sehr flexibel sein."

Das Wachstum an der Badener Schule, wo 150 Schüler auf zehn Klassen verteilt sind, ist abgeflacht. Die Schülerzahl war nicht hoch genug, um die Kosten der Schule zu decken, und die Zukunftsaussichten verfinsterten sich, als einer der grossen Arbeitgeber in der Region beschloss, seine Energiesparte an General Electric zu verkaufen.

Zu Beginn des neuen Schuljahres liess die ZIS die Eltern wissen, dass der Badener Campus diesen Juli geschlossen werde und die Schüler auf einen der vier anderen ZIS-Campus in der Region Zürich gehen könnten, wo normalerweise 1500 Kinder eingeschrieben sind und lange Wartelisten existieren.

Weniger Schüler

Auch die International School of Zug und Luzern (ISZL), die ihre Schule in Luzern, an der rund 80 Schüler eingeschrieben sind, 2016 schliessen will, legt den Fokus auf ihre ursprüngliche Niederlassung in der international ausgerichteten Wirtschaftsregion Zug. Dort sind 750 Studierende immatrikuliert. Die meisten Schüler, die von der Schliessung in Luzern betroffen sind, werden nun nach Zug wechseln.

ISZL, die ausschliesslich auf internationale Familien ausgerichtet ist, hatte ihre Luzerner Niederlassung 2006 eröffnet. Als die internationalen Firmen weniger ausländische Angestellte mitbrachten, nahmen die Immatrikulationen ab. Nach 2013, als die Anzahl eingeschriebener Schüler wieder über 100 betrug, nahmen die Immatrikulationen laut ISZL-Sprecherin Laura Schoepfer wieder ab.

"Das Umfeld ist gereift", sagt Schoepfer. "Zuvor hatten wir ein starkes Wachstum. Jetzt befindet sich der Markt in einer Stagnationsphase. Ich denke, dass wir Stabilität haben werden."

Auch die Winterthurer SIS plant langfristig. Die Schule offeriert eine zweisprachige Ausbildung in Deutsch und Englisch. Das Konzept soll zu Wachstum verhelfen, trotz schwierigerer ökonomischer Bedingungen, sagt Ursula Gehbauer, Geschäftsführerin der SIS Swiss International Schools in Switzerland, die seit 1999 ein Netzwerk von 16 Schulen in der Schweiz, Deutschland und Brasilien aufgebaut hat.

Dank dem Zweisprachen-Konzept war die SIS Winterthur nicht von den bereits erwähnten Restriktionen des Kantons betroffen und hat seine lokalen Studierenden nicht verloren. Seitdem die Schüler auch Deutsch lernen, sind sie flexibler und können bei Bedarf in eine lokale Schule übertreten, was die Eltern sehr schätzen.

Dass die Zeiten des explodierenden Wachstums vorbei sind, stellt auch die SIS fest. Während es bei anderen SIS-Schulen in Zürich immer noch Wartelisten gibt, gibt sich die Winterthurer Schule damit zufrieden, langsam zu wachsen und in ihrem gegenwärtigen Gebäude in der Nähe des Bahnhofs zu bleiben.

"Es ist möglich, dass wir etwas grösser werden, aber eine Wachstumsexplosion wie sie am Zürichsee oder in Basel stattgefunden hat, steht uns nicht bevor", sagt Wood.

Internationale Schulen in der Schweiz

Die Swiss Group of International Schools (SGIS) umfasst 44 internationale Schulen. Die Anzahl Schüler, die Privatschulen besuchen (zu denen auch internationale Schulen gehören), variiert stark von Kanton zu Kanton.

Am höchsten war der Prozentsatz der Schüler an Privatschulen im Schuljahr 2012/13 im Kanton Basel Stadt mit 12,6%. Den zweithöchsten Wert erreichte der Kanton Genf mit 9,1%, gefolgt von den Kantonen Tessin (6,3%), Zug (5,2%) und Zürich (5%). Am niedrigsten war der Wert im Kanton Graubünden mit 0,6%.

Die meisten internationalen Schulen unterrichten in englischer Sprache nach den Standards des "International Baccalaureate" – einem international anerkannten Hochschulzugang.

http://www.swissinfo.ch/ger/weniger-immatrikulationen_boom-an-internationalen-schweizer-schulen-ist-vorbei/41547462